

Medienmitteilung
14. April 2022

Abstimmung vom 15. Mai 2022 Eine breite Walliser Koalition sagt JA zu Frontex

Am 15. Mai wird die Schweizer Bevölkerung über eine Erhöhung des Beitrags unseres Landes zu Frontex, der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, abstimmen. Ein Komitee, das sich um die Industrie- und Handelskammer Wallis gebildet hat und sich aus Wirtschaftsverbänden, der FDP und der Partei der Mitte Unterwallis zusammensetzt, unterstützt ein JA. Für unsere Wirtschaft und unseren Tourismus, für unsere Sicherheit und unsere Freiheiten, denn ein Nein würde bedeuten, dass unser Land aus dem Schengen-Raum und dem Dubliner-Übereinkommen austreten würde. Abseits zu stehen würde die Einhaltung der Menschenrechte nicht verbessern.

Essenziell für unsere Wirtschaft und unseren Tourismus

Teil des Schengen-Raums zu sein, bedeutet, dass unser Land in Bezug auf Visa und Sicherheit keine Insel inmitten von Europa ist. Seitdem die Schweiz mit Schengen assoziiert ist, benötigen Touristen aus aussereuropäischen Ländern kein Visum mehr, wenn sie nach einem Besuch in einem europäischen Land in die Schweiz kommen wollen. Dies spiegelt sich positiv in der deutlich gestiegenen Zahl der Übernachtungen wider. Zudem geben Reisende aus China, Indien und den Golfstaaten während ihres Aufenthalts in der Schweiz viel Geld aus, zum Beispiel in Hotels, Restaurants, Juweliergeschäften oder auch in den von ihnen besuchten Museen. Es handelt sich also um einen wichtigen ökonomischen Vorteil für das Hotel- und Gastgewerbe, aber auch für den Einzelhandel, zwei Sektoren, die für unseren Kanton von entscheidender Bedeutung sind und die in den letzten beiden Jahren aufgrund der Pandemie und der Gesundheitseinschränkungen gelitten haben. Ohne das vereinfachte Schengen-Visumsystem ist ein Rückgang des Besucherstroms aus diesen Ländern zu befürchten. Je nach Art und Weise, wie die Schweiz ihre Visa mit denen der assoziierten Schengen-Länder koordinieren könnte, würden der Schweizer Tourismusbranche

schätzungsweise 200 bis 530 Millionen Franken an Einnahmen entgehen - ein weiterer Tiefschlag, auf den die Branche gut verzichten könnte. Darüber hinaus ist bei einer Wiedereinführung der systematischen Personenkontrolle an den Schweizer Grenzen auch mit einem Rückgang des europäischen Tourismus zu rechnen, der etwa 30% der Übernachtungen in unserem Land ausmacht.

Schliesslich wären auch die Import- und Exportunternehmen stark betroffen. Bei einer Rückkehr zu Kontrollen an den Grenzen würden die fast 600.000 Fahrzeuge, die jeden Tag einen Schweizer Zoll passieren, in lange Warteschlangen geraten, und die zusätzlichen Kosten würden sich auf 1,8 Milliarden Franken pro Jahr belaufen. Diese Kosten würden hauptsächlich auf die Grenzgänger entfallen. Ein Teil dieser auf 143 Millionen Franken pro Jahr geschätzten Kosten würde sich jedoch auch auf die Schweizerinnen und Schweizer auswirken, die regelmässig die Grenze überqueren. Wenn die Nachbarländer nicht bereit sind, massiv in die Grenzinfrastruktur zu investieren, könnten sich die Kosten für die Wartezeiten auf bis zu 3,2 Milliarden Franken belaufen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Import- und Exportfirmen würde dadurch erheblich beeinträchtigt.

Sich abseits zu halten, verbessert nichts an der Situation

Die Anschuldigungen bezüglich der Nichteinhaltung der Menschenrechte gegen Frontex sind ernst zu nehmen. Aber ein Rückzug der Schweiz würde die Situation an den Aussengrenzen nicht verbessern, ganz im Gegenteil! Aufgrund seiner humanitären Tradition muss unser Land weiterhin Verantwortung übernehmen und mit gutem Beispiel vorangehen. Insbesondere war es unser Land, das vom Frontex-Verwaltungsrat eine gründliche, schnelle und transparente Untersuchung der erwähnten Anschuldigungen forderte. Und auch ohne unser Land würde Frontex weiter existieren. Tatsächlich wird es in Zukunft nur mit zusätzlichen Mitteln und entsprechend ausgebildetem Personal möglich sein, Fehlfunktionen an den Aussengrenzen besser vorzubeugen und zu beheben. Die Position unseres Landes ist klar: Die Grundrechte müssen bei jedem Einsatz von Frontex ausnahmslos gewährleistet sein. Insbesondere müssen schutzbedürftige Personen jederzeit die Möglichkeit haben, einen Asylantrag zu stellen. Ein funktionierender Grenzschutz und die Achtung der Grundrechte sind untrennbar miteinander verbunden. Der Ausbau der Ressourcen von Frontex muss mit einem verstärkten Schutz der Grundrechte einhergehen - die Agentur hat daher eine entsprechende Strategie entwickelt hat.

Freiheit und Sicherheit

Teil des Schengen-Raums zu sein, bedeutet, systematischen Kontrollen an den Schweizer Grenzen zu vermeiden. Dies gilt, wie wir gesehen haben, für den Zoll, aber auch für Reisende auf internationalen Flughäfen. Ein Austritt aus Schengen würde diese dazu zwingen, ihre Terminals neu zu organisieren, was grosse Summen verschlingen und das Reisen viel mühsamer machen würde. Den Schweizerinnen und Schweizern ist diese Reisefreiheit wichtig. Mit dieser Freiheit geht aber auch eine erhöhte Sicherheit einher. Im Gegenzug zur Abschaffung der systematischen Personenkontrollen und der Ausweitung der Reisefreiheit innerhalb des Schengen-Raums wurde die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizei- und Justizbehörden intensiviert. Die Schweiz profitiert zudem vom Schengener Informationssystem (SIS), das zu einem zentralen Instrument für die tägliche Ermittlungsarbeit der Sicherheitsbehörden und der Schweizer Polizei geworden ist. Das System leistet einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der internationalen Kriminalität. Laut dem Bundesamt für Polizei fedpol, ergaben sich über dieses System im Jahr 2021 mehr als 19'000 Treffer. Jeden Tag werden den Schweizer Strafverfolgungsbehörden zwischen 40 und 60 potenziell gefährliche Personen gemeldet.

Für weitere Informationen:

Oscar Doval, Koordinator der Kampagne, oscar.doval@cci-valais.ch, +41 79 645 01 36



**Keine Experimente mit unserer Sicherheit.
Bewährtes Schengen, sichere Schweiz.**

Am 15. Mai
**Frontex-
Schengen ja**
frontex-schengen-ja.ch